

Linkverbrechen

Lesenswerter Text der Kollegin Christiane Schulzki-Haddouti auf futurezone.orf.at: „Vom Leistungsschutz zum Link-Verbrechen“. Es gebe fünf Optionen des geplanten Leistungsschutzrechts – eine davon sei es, das Zitierrecht einzuschränken:

„Das Urheberrecht wird so umformuliert, dass Links auf Verlagserzeugnisse nicht mehr ohne Einwilligung der Verleger gesetzt werden dürfen. Auch darf aus Texten nicht mehr ohne Einwilligung zitiert werden. Damit müsste Google für Google News von jeder einzelner News-Quelle eine Einverständniserklärung einholen. Allerdings dürften dann auch Zeitungen andere Zeitungen nicht mehr zitieren, ohne von ihnen eine Einwilligung eingeholt zu haben. Für Blogger gälte vermutlich die Änderung des Zitatrechts ebenfalls. Das könnte dazu führen, dass deutschsprachige Medien vermehrt fremdsprachige Quellen zitieren und sich gegenseitig ignorieren. (...) Diese Option scheint daher auch nicht durchsetzungsfähig zu sein.“

Da wäre ich mir nicht so sicher. Deutsche Medien fürchten doch den Link wie ein Vampir das Kruzifix. Wie man am Beispiel von Spiegel Offline sieht, würden sie am liebsten ein [selbstreferenzielles System](#) erschaffen, das ausschließlich auf sich selbst verweist. Man behilft sich mit juristisch irrelevantem Regenzauber: „Spiegel Online ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.“ Wer hätte das gedacht.

Welches deutsche Medium zitiert ausländische Quellen? Sie schreiben lieber ab und verschweigen die Quelle. Und es gäbe keinen Widerstand, falls Gerichte Links verböten. Ganz im Gegenteil: Dann wäre man doch endlich die Blogs los, die ja laut [Mathias Schwarz](#) „rippen“: „Das Leistungsschutzrecht solle

gerade auch die ‚kurzen, mit hohem professionellen Aufwand erstellten Textausschnitte‘ der Verlage vor der unvergüteten Zweitauswertung durch andere schützen.“ Mit hohem Aufwand ja, aber professionell? Wen meint er denn?

„Zum anderen wäre eine Einschränkung des Zitat- und Link-Gebrauchs kaum realisierbar, ohne die Link- und Wissensökonomie im Internet zu beschädigen“, schreibt Schulzki-Haddouti. [Link-Ökonomie](#) bei deutschen Medien? Ich sehe keine. Ich sehe auch keinen nennenswerten Widerstand im Bundestag, falls ein Gesetz eingebracht würde, das die Wissensökonomie im Internet beschädigte. Wer „Killerspiele“ verbieten, Stoppschilder aufstellen und Daten auf Vorrat speichern will, der wird auch Links verbieten.